



## Presseerklärung

Kiel, 31.12.2020

### Flüchtlingsrat appelliert an Ministerpräsident Günther und Innenministerin Sütterlin-Waack

## **Aufnahme Geflüchteter aus dem verbrannten Lager Lipa in Bihac/Bosnien jetzt!**

### **18 Gemeinden und Kommunen in SH und das Landesamt halten ausreichend Unterbringungsplätze vor.**

In Bosnien haben hunderte Flüchtlinge die Nacht in dem abgebrannten Lager Lipa bei Bihac verbracht. Die bosnischen Behörden hatten die Flüchtlinge gestern zunächst in Busse verfrachtet und wollten sie in festen Unterkünften im Landesinneren unterbringen. Dies scheiterte jedoch. Daraufhin wurden die Menschen zurück nach Lipa gebracht und sich selbst überlassen. Die Umsiedlung scheiterte nach Agenturberichten am Widerstand lokaler Politiker\*innen und der Bevölkerung in der Nachbarschaft der als Notunterkunft geplanten ehemaligen Kaserne südlich von Sarajewo.

Das sagte laut DLF der Missionschef der Internationalen Organisation für Migration van der Auweraert. Außer einigen wenigen Bürocontainern gebe es hier nichts mehr. Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt sei es ein Kampf ums Überleben.

Die betroffenen Menschen, unter ihnen auch Kinder, sind verzweifelt. "Wäre ich ein Tier, würde ich ohne Probleme im Wald leben", erklärt ein Betroffener gegenüber dem NDR, "aber wir sind keine Tiere."

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat sich heute mit einem dringenden Appell an Ministerpräsident Günther und Innenministerin Sütterlin-Waack gewandt, jetzt umgehend die in Bihac dem Elend und der Überlebensnot anheimgestellten Geflüchteten aufzunehmen.

"Die schleswig-holsteinische Politik kann sich weder auf fehlende Bereitschaft in der Bevölkerung noch auf mangelnde Unterbringungsmöglichkeiten berufen", konstatiert Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Denn [18 Gemeinden und Kommunen](#) im Bundesland haben sich zu Sicheren Häfen erklärt, verfügen über UnterbringungsKapazitäten und sind zur Aufnahme bereit. Selbst in den Landesunterkünften stehen laut jüngstem [Bericht des Innenministeriums](#) über 900 freie Plätze zur Verfügung.

gez. Martin Link